

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Martin Güll

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Otto Lederer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 2 d** und **2 e** gemeinsam auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung eines 9-jährigen Gymnasiums: "G9 neu" ([Drs. 17/14945](#))

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern ([Drs. 17/15007](#))

- Erste Lesung -

Bei den Entwürfen werden Begründung und Aussprache jeweils miteinander verbunden. Damit hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zehn Minuten und die SPD-Fraktion elf Minuten Redezeit. – Ich eröffne damit zugleich die Aussprache und erteile das Wort Herrn Kollegen Gehring. Bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist in der Politik Zeit für klare Worte und klare Aussagen. Wir haben jetzt seit Jahren Dialogprozesse und Modellversuche zu G 8, G 9 oder was auch immer, und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, klare Aussagen zu treffen, wie es beim Gymnasium in Bayern weitergeht. Denn die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, aber nicht zuletzt auch die Kommunen als Sachaufwandsträger brauchen eine klare Aussage zur Dauer der Schulzeit in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf erinnern an den Modellversuch Mittelstufe Plus, der nicht umsetzbar ist. Das hat mittlerweile auch die Staatsregierung erkannt. Wir haben damit zwei Jahre wertvolle Zeit verloren. Jetzt haben wir Vorschläge aus dem Kultusministerium, dass sich die Schulen irgendwie entscheiden sollen, ob sie G 8, G 9 oder beides machen wollen. Dies wird die Situation in Bayern nicht beruhigen. Eine solche Lösung, die jetzt vom Kultusministerium ventiliert wurde, würde an den Schulen und den Standorten in Bayern zu Unruhe und dazu führen, dass es eben keine Klarheit gibt. Sie würde übrigens auch zu viel Unruhe im Landtagswahlkampf führen. Ich kann mir also nicht vorstellen, dass Sie diese Lösung wirklich vorhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Kultusminister macht da eine relativ unglückliche Figur. Er kommt mir wie einer vor, der zwischen zwei Mühlsteinen steckt. Auf der einen Seite will der Ministerpräsident Ruhe und eigentlich ein G 9, und auf der anderen Seite will seine CSU-Fraktion beim G 8 bleiben. Weil der Minister aus diesen beiden Mühlsteinen nicht herauskommt, agiert er unglücklich und macht Vorschläge, die nicht umsetzbar sind. Herr Minister Spaenle, wir sagen: Schluss mit dem Wischiwaschi beim G 9. Wir brauchen endlich eine klare Aussage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist schon interessant, dass nach einer Umfrage der Landes-Eltern-Vereinigung nur 9 % der Eltern der Variante des Ministers zugestimmt haben. Die 9 % sind so ähnlich wie das Ergebnis des Volksbegehrens der FREIEN WÄHLER, die auch ein solches Wischiwaschi-Modell vorgeschlagen hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es um klare Aussagen. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, die Rahmenbedingungen festzulegen, und eine dieser Rahmenbedingungen sind neun Jahre. Deswegen schlagen wir mit unserem Gesetzentwurf folgende Eckpunkte vor: Erstens. Die Regelausbildung am Gymnasium dauert neun Jahre; innerhalb dieser neun Jahre sind Schulzeitverkürzungen möglich. Zweitens. Es

gibt kein Zurück zum alten G 9 – also nichts für Nostalgiker –, sondern das Gymnasium muss weiterentwickelt und reformiert werden. Wir brauchen ein "G 9 neu".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch da machen wir uns nichts vor: Das "G 9 neu" ist nicht kostenneutral zu bekommen. Man kann es aber auch nicht auf Kosten der Kommunen realisieren. Deswegen sagen wir: Das Land muss die Verantwortung für zusätzliche Lehrerstellen übernehmen, außerdem muss für eine Kostenerstattung an die Kommunen nach dem Konnektivitätsprinzip gesorgt werden.

In unserem Gesetzentwurf – das ist ein ganz dürrer Text – umfasst das Gymnasium die Klassenstufen 5 bis 13. Das bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler nach unserem Konzept mehr Lernzeit auf dem Weg zum Abitur bekommen. Ich halte nichts von den Vorschlägen, wie sie aus dem Hause Spaenle kamen, dass der Stoff von acht auf neun Jahre gestreckt werden soll. Nein, die Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Zeit, um intensiver und vertieft zu lernen, um mit mehr Übungsphasen nachhaltiger zu lernen, um stressfreier zu lernen, aber auch um nachdenken und reflektieren zu können. Wir müssen dem Gymnasium zudem mehr Zeit für Inhalte und für Persönlichkeitsentwicklung geben sowie – davon war vorhin schon die Rede – für politische und gesellschaftliche Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das "G 9 neu" bedeutet eine Reform des Gymnasiums; denn diese Schulart hat sich stark verändert. Vor 14 Jahren lag die Übertrittsquote aufs Gymnasium noch bei 30 %, heute beträgt sie bayernweit 40 %; in einzelnen Orten liegt sie noch wesentlich höher. Die heutige Schülerschaft ist wesentlich heterogener als früher, mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und unterschiedlichen Hintergründen in den Elternhäusern.

Das Gymnasium wird sich in Zukunft einer noch größeren Schülerschaft öffnen müssen. Dabei denke ich zum Beispiel an die Kinder mit Migrationshintergrund oder an die

Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die ebenfalls das Recht haben müssen, aufs Gymnasium zu gehen, wenn sie die entsprechende Eignung mitbringen. Dann muss sich das Gymnasium aber auch auf diese Schülerinnen und Schüler einstellen.

Daher brauchen wir insgesamt eine Reform des Gymnasiums, eine Veränderung in der Lern- und Leistungskultur, auch in der Leistungsmessung und in der Art und Weise, wie unterrichtet wird. Wir benötigen also das "G 9 neu".

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Auch unser Konzept sieht vor, dass die Schulzeit verkürzt werden kann, dass die Möglichkeit besteht, das Gymnasium in acht Jahren zu durchlaufen. Beispielsweise könnte nach der 10. Klasse gewählt werden, ob das Abitur mit Abschluss der 12. oder der 13. Klasse abgelegt wird. Dafür brauchen die Schülerinnen und Schüler jedoch Unterstützung; hierfür wären Förderangebote in den Klassen 9 und 10 notwendig. Sicherlich bestehen noch andere Möglichkeiten der individuellen Verkürzung. Wichtig ist jedoch, dass man das Gymnasium von neun Jahren her denkt und dann in die Verkürzung gehen kann. Das Ganze funktioniert nicht, wenn man es von acht Jahren her denkt und von da aus in die Verlängerung geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie einem GRÜNEN ein Beispiel aus der Autofahrer-Szene. Niemand würde einen Beschleunigungsstreifen auf der Autobahn länger bauen als die normale Fahrspur; das würde gar nicht funktionieren. Die Beschleunigungsspur muss kürzer sein. So muss auch das Gymnasium auf neun Jahre ausgerichtet sein.

Wenn von der Gymnasialreform die Rede ist, müssen wir auch ein Wort über das Geld verlieren. Dieser Aspekt kommt mir in den letzten Jahren ein wenig zu kurz. Da wird immer wieder der Eindruck erweckt, man könne einfach so acht Jahre auf neun Jahre strecken und der Lehrplan bliebe gleich. Der Minister spricht immer vom "Stoff, der gleich bleibt". Wenn man jedoch einen Stoff immer mehr dehnt, von acht auf neun Jahre, dann zerreißt dieser Stoff irgendwann, und dann ist er nichts mehr wert. Wir

brauchen also eine Neukonzeption der Lernzeit fürs Gymnasium, und zwar ausgerichtet auf neun Jahre. Hierfür werden natürlich mehr Mittel benötigt.

Ich darf daran erinnern, dass im Haushalt 2014 – das ist noch gar nicht so lange her – 1.458 Lehrerstellen gestrichen worden sind mit dem Hinweis: Wegfall der 13. Klasse. Es ist doch logisch, dass zumindest ein Teil dieser Lehrerstellen wieder besetzt werden muss, wenn die 13. Klasse wieder eingeführt wird.

(Zuruf von der CSU: Die sind doch gar nicht weggefallen!)

Deswegen sagen wir: Wir brauchen 1.000 zusätzliche Lehrkräfte, die noch aufgebaut werden müssen, wenn wir ein neunjähriges Gymnasium einführen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit "G 9 neu" ist wichtig, dass diese neun Jahre im Gesetz verankert werden müssen, und zwar vor allem für die Kommunen. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit; sie müssen wissen, wohin die Entwicklung geht. Sie müssen ihre Schulen planen, sie müssen gegebenenfalls Neubauten errichten, weil G 9 natürlich mehr Räume benötigt als G 8. Ein Reformgymnasium braucht ohnehin mehr Räume als das alte G 8. Insofern müssen die Kommunen wissen, wohin die Reise geht, und zwar jetzt.

Außerdem muss klar sein, wie das Ganze finanziert werden soll, damit die Lasten nicht bei den Kommunen hängenbleiben. Wenn die neun Jahre ins Gesetz hineingeschrieben werden, ist klar, dass hier entsprechende Konnexität gilt. Diese Fragen müssen dann mit den Kommunen geklärt und die Kosten erstattet werden. Der Präsident des Bayerischen Städtetags hat eine Summe von 1,5 Milliarden Euro genannt, die auf die Kommunen zukommen könnte. Auch wir gehen mal von dieser Zahl aus; wenn es dann weniger wird, soll es uns allen recht sein. Wir sollten hier jedoch keine falschen Tatsachen vorgaukeln.

Wir brauchen Klarheit, und deshalb ist der jetzige Zeitpunkt genau richtig für unseren Gesetzentwurf. Ich hoffe auf gute Beratungen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat sowohl zur Aussprache als auch zur Begründung der Kollege Güll von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast ist man versucht zu sagen: Man kann diese Diskussionen über die G-8- und G-9-Laufzeit schon bald nicht mehr hören. Dennoch ist es notwendig, jetzt endlich den Sack zuzumachen.

Ich zitiere: Es wird einen gewissen Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern geben, um die 30 % meiner Meinung nach, die schneller ans Ziel wollen, und die können das auch. – Das ist eine Erkenntnis des Herrn Ministerpräsidenten. Im Umkehrschluss heißt das: Er ist wie wir der Meinung, dass 70 % oder 75 % der Schülerinnen und Schüler, vielleicht auch mehr, eine längere Bildungs- und Lernzeit brauchen. Der Ministerpräsident hat sich mittlerweile unseren Argumenten angeschlossen, und das ist auch ganz legitim.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man, so wie es auch der Ministerpräsident gerne macht, an die Basis zu den Bürgerinnen und Bürgern geht und sich dort einmal umhört, dann kann man so einiges an Meinungen sammeln. Daher möchte ich Ihnen kurz ein paar Zitate vortragen, die ich in diversen Zeitungen gelesen habe. Dabei handelt es sich um Zitate von Praktikern, von Schulleiterinnen und Schulleitern.

Erstes Zitat: Bildung und eine entsprechende Reife der Schüler brauchen Zeit. – Das sage nicht ich, sondern das sagt ein Praktiker.

Zweites Zitat: Viele Schüler kommen mit dem G 8 nicht zurecht. Ich wünsche mir eine klare Regelung. – Das wünschen wir uns auch.

Ein drittes Zitat: Ich hoffe auf eine einheitliche Vorgabe zugunsten eines an Bildungsinhalten und Kompetenzen orientierten G 9, das auch in acht Jahren durchlaufen werden kann. – Das wollen wir auch.

Viertes Zitat: Ich war noch nie für die kürzere Variante, weil die Schüler die Zeit vor allem im Endspurt brauchen. – Genau, exakt; dem kann man eins zu eins zustimmen.

Fünftes Zitat: Gerade für uns als Landschule ist das G 8 mit seinen Unterrichtszeiten bis spät in den Nachmittag hinsichtlich der Busanbindung komplizierter. – Auch das ist gelebte Realität.

Letztes Zitat: Mir wäre eine für alle Gymnasien einheitliche Entscheidung am liebsten, wodurch etwa für Familien bei einem Umzug in eine andere Stadt am wenigsten Probleme aufträten.

Herr Kultusminister, genau das ist die Sachlage, und genau aus diesen Gründen muss mit dieser Rumeierei endlich Schluss sein!

(Beifall bei der SPD)

Darum ist es jetzt an der Zeit, eine klare Ansage zu machen. Wenn es noch einer weiteren Begründung bedarf, dann schauen wir uns doch einmal die jüngsten Ergebnisse der Umfrage der Landes-Eltern-Vereinigung an. Auch hier – immerhin haben sich dort rund 36.000 Eltern zu Wort gemeldet – ist es eindeutig und klar: Nahezu 80 % der befragten Eltern wollen ein neunjähriges Gymnasium.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde fast vermuten, dass die Landes-Eltern-Vereinigung – LEV –, wir und andere auch diese Umfrage in den nächsten Wochen noch einmal zum Anlass nehmen, um

politisch klare Ansagen zu machen. Wir werden keine Ruhe geben, bis wir das G 9 im Gesetz stehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Philologenverband hat sich längst, eigentlich schon kurz nach der Landtagswahl 2013, festgelegt. Neu ist aber, dass sich auch die Direktorenvereinigung, die eigentlich am längsten G-8-Befürworter war, jetzt eindeutig – ich zitiere – "für eine neunjährige Lernzeit als Regelmodell" einsetzt.

Zusammenfassend darf ich feststellen – das freut mich auch, es ist wirklich eine große Freude –: Nahezu alle, die irgendetwas mit dem Gymnasium zu tun haben, sind wie die SPD-Landtagsfraktion der Meinung, dass es ein neunjähriges Gymnasium geben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, was machen wir jetzt? Weiter herumeiern, die Dialogphase nochmals verlängern?

(Oliver Jörg (CSU): Das ist vielleicht die Sicht der SPD!)

Ja, was reden Sie denn eigentlich in der Dialogphase? Was ist denn da noch zu reden? Es ist doch alles gesagt, über Monate, eigentlich schon über Jahre, und es ist klar entschieden von denen, die im Gymnasium arbeiten müssen, Herr Kollege Jörg. Es ist entschieden.

Aber es gibt ja einen Lichtblick. – Jetzt ist er leider nicht da. Bei meinen Recherchen in der Zeitung habe ich tatsächlich einen CSU-Abgeordneten gefunden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

der auch Mitglied des Bildungsausschusses ist, und der sagt doch tatsächlich: Ich favorisiere die Rückkehr zum G 9. Das würde zwar zu mehr Kosten führen, sagte er ge-

genüber einer Zeitung, da beispielsweise mehr Lehrer benötigt würden. Er halte es aber für wichtig, dass die jungen Menschen wieder Zeit zum Lernen haben und Wissen vertiefen können. Herr Tomaschko, ich kann Sie beglückwünschen: Das ist eine klare, eindeutige Haltung, genau so, wie wir sie von den CSU-Abgeordneten erwarten würden.

(Beifall bei der SPD)

Warum machen wir dann jetzt einen Gesetzentwurf für ein G 9? – Es ist eine ganz einfache Sache: Wenn die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in ein neunjähriges Gymnasium geht, weil sie das wählen, dann muss das im Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen auch so festgelegt sein. Umgekehrt geht es nicht. Deshalb gibt es hier Handlungsbedarf, und deshalb legen wir heute konsequent und klar diesen Gesetzentwurf vor.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das wäre auch nur recht und billig den Eltern gegenüber, die momentan gerade in den Informationsveranstaltungen sitzen und auf eine klare Ansage des Kultusministeriums bzw. der Staatsregierung warten, wie es mit ihren Kindern ab Herbst weitergeht: Kommen sie in ein G 9, oder müssen sie in einem G 8 bleiben mit irgendwelchen ominösen Dehnungsversuchen, "Mittelstufe Plus" genannt?

Aber es wäre zu wenig, nur die Laufzeit festzulegen. Das ist klar, darin sind wir uns alle einig. Wir schreiben den Artikel 9 neu, indem wir jetzt 5 bis 13 Jahre hineinschreiben, und wir schreiben auch hinein, dass es eine Überholspur, also eine Verkürzungsmöglichkeit, geben muss. Auch darin sind wir uns einig. Wir schreiben aber auch hinein, dass wir einerseits mehr Qualität haben wollen und andererseits auch eine Entlastung für die Schülerinnen und Schüler; denn das sind die beiden Ansagen, die wir aus der Community des Gymnasiums hören. Also steht in unserem Gesetzentwurf: Wir wollen in der Regel wieder 30 Wochenstunden haben, damit wir den Nachmittag

wieder für andere Aktivitäten, auch Wahlfachangebote, freibekommen. Das ist eine klare Entlastung der Schülerinnen und Schüler.

Aber wir wollen auch dadurch Qualität erreichen, indem wir die Oberstufe überarbeiten. Hier lohnt es sich, auch einmal mit den Lehrkräften und den Schülern in der Oberstufe zu sprechen. Sie sagen uns klar und eindeutig: Liebe Leute, wir bekommen Qualität, wenn wir unser Wissen in mindestens zwei Fächern vertiefen können. Früher konnten wir das, das waren die Leistungskurse; warum bitte jetzt nicht wieder? Das wollen wir auch im Gesetz stehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist das eine klare Ansage der Kultusministerkonferenz. Es lohnt sich, einmal nachzulesen. Da steht nämlich, dass es in der Oberstufe in zwei Fächern vertiefte Angebote geben soll. Bei dem jetzigen Oberstufenangebot kann man von einer Vertiefung weiß Gott nicht sprechen. Die Seminare, die wir neu eingeführt haben, sind nämlich nicht dazu da, dies auszugleichen.

Kurzum: Wir sind jetzt an einem Punkt, wo es nicht mehr um Sprüche geht wie: G 8 ist überholt und G 9 ist überholt, sondern wir brauchen ein klares Chassis für das "Auto Gymnasium". Wir wollen uns im Nachgang – wenn dies im Gesetzentwurf geschehen ist – mit allen zusammensetzen und überlegen: Wie schaut das "G 9 neu" aus? Welche Pädagogik brauchen wir? Welche Inhalte brauchen wir? Welche Fächerkombinationen müssen wie gestrickt werden? Es lohnt sich, das in Ruhe und Sorgfalt zu tun, damit wir ein wirklich tragfähiges Gymnasium bekommen. Ja, es ist richtig, was der Kollege Gehring sagte: Es wird teuer. Das haben aber nicht wir zu verantworten.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Der mal hier saß!)

– Ja, der saß da drüben, er saß direkt neben mir. Er wollte damals Geld sparen. Er hat auch Geld gespart, aber auf Kosten der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD)

Es ist legitim, für ein ordentliches Gymnasium auch Geld auszugeben. Ich weiß aber auch: Nicht nur für das Gymnasium brauchen wir Geld. Das ist eine klare Ansage auch an die anderen Schularten: Wir vergessen euch nicht. Wir haben auch die anderen Schulformen im Blick, müssen aber jetzt eine klare Entscheidung treffen. Deshalb steht im Gesetzentwurf: Wir brauchen mehr Kohle, um mehr Lehrer einzustellen, und wir brauchen eine klare Ansage an die Kommunen: Ihr bleibt nicht allein. Das, was der Staat hier verbockt hat, müsst ihr nicht in Gänze bezahlen. Wir wollen, dass der Staat auch hier für die Kommunen Finanzmittel bereitstellt, damit das auch unterstützt wird.

Alles in allem hoffe ich auf eine interessante Diskussion im Bildungsausschuss über die zwei Gesetzentwürfe. Wir haben zwei fast wortgleiche Gesetzentwürfe; daher, glaube ich, werden wir gemeinsam daran arbeiten. Schauen wir einmal, wie es bei den FREIEN WÄHLERN ausschaut! Wir werden es ja gleich hören. Aber am Ende dieser Diskussion muss ein klares "G 9 neu" stehen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Lederer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute zwei Gesetzentwürfe vorliegen, und ich darf gleich an die Rede des Kollegen Martin Güll anschließen, der von "Herumgeeiere" gesprochen und diverse Kollegen aus der CSU zitiert hat. Diesem Vorgehen möchte ich mich einmal anschließen:

(Zuruf von der CSU)

Was hat denn die SPD in den letzten fünf Jahren zum Thema Gymnasium gesagt?

(Volkmar Halbleib (SPD): Kalter Kaffee, Herr Kollege!)

Herr Güll hat damals, 2012, als Vorsitzender des Bildungsausschusses nach einer Anhörung zum Gymnasium Folgendes gesagt – ich zitiere –: "Niemand will zurück zu einer generell längeren Schulzeit."

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Hört, hört! – Volkmar Halbleib (SPD):
Alles kalter Kaffee, Herr Kollege! Jetzt geht es um die Zukunft! Sie leben in der Vergangenheit! Um die Zukunft geht es!)

Im selben Jahr hat er einmal gesagt – ich zitiere wieder –: "Kein unsinniges zusätzliches Schuljahr" am Gymnasium.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer (CSU): Na, so was!)

Dennoch hat die SPD in den vergangenen fünf Jahren eine ganze Menge Ideen zum Gymnasium eingebracht: 2012 die flexible Oberstufe, 2013 das Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, 2014 die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, 2015 – interessant! – das Wahlrecht für ein neunjähriges Gymnasium. Ich glaube, gerade hat der Kollege Güll das Thema Wahlrecht noch als kritisch angesehen, damals hat es die SPD auf jeden Fall noch gefordert. 2016: G 9 jetzt! Und 2017 haben wir einen Gesetzentwurf "Einführung des 9-jährigen Gymnasiums in Bayern". Wenn ich richtig zählen kann, sind das sechs verschiedene Ansichten in den letzten sechs Jahren.

(Beifall und Lachen bei der CSU)

Und wer dann von "Herumgeeiere" spricht, dem sage ich: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Gehen wir näher auf den Gesetzentwurf ein. Herr Kollege Güll, Sie haben gesagt, damals wurde das G 8 eingeführt, um Geld zu sparen. Demnach haben alle 16 Bundesländer nur im Sinn gehabt, Geld zu sparen; denn überall, wo das G 8 noch nicht bestand, wurde es eingeführt. Und wer glaubt, dass das G 8 das große Geldsparmmodell war, der irrt. Kollege Gehring hat vorhin ausgeführt, wie viele Stellen eingespart wurden. Aber wie viele Stellen am Gymnasium in den letzten Jahren zusätzlich geschaf-

fen wurden, hat er verschwiegen. Eine so gute Schüler-Lehrer-Relation, wie wir sie mit dem G 8 derzeit am Gymnasium haben, hatten wir noch nie, auch nicht zu G-9-Zeiten. Zu glauben, das sei ein reines Sparmodell, ist natürlich völlig falsch.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Und dass das G 8 nur Nachteile hätte, kann man auch nicht sagen. Es gibt sogar einige Dinge, von denen Sie in Ihren beiden Gesetzentwürfen sagen, man sollte sie beibehalten. Auch hier würde ich mit der Kritik am Bestand ein wenig zurückhaltender sein.

Nichtsdestoweniger kann man sich Gedanken darüber machen, wie wir das Gymnasium in Bayern weiterentwickeln wollen. Dafür gibt es einen klaren Fahrplan: kein Wischiwaschi, sondern einen ganz klaren Dialogprozess. Wir gehen davon aus, dass er im ersten Halbjahr 2017 dazu führt, dass wir die gesetzlichen Regelungen schaffen und dass wir im darauffolgenden Schuljahr, also nicht zu Beginn des Schuljahres 2017/2018, sondern zu Beginn des Schuljahres 2018/2019, in die Breite gehen können. Das ist ein ganz klarer Fahrplan. Hier wird niemand in der Luft hängen gelassen, so wie das da und dort angedeutet wurde.

Im Gesetzentwurf der SPD heißt es, die Einführung des neunjährigen Gymnasiums bringe sehr viele Vorteile. Ich möchte einmal das eine oder andere daraus vorlesen: Es soll eine adäquate Abiturvorbereitung geben und die echte Studierfähigkeit erlangt werden – anscheinend gab es die bislang nicht. Die Jungen sollen am Gymnasium wieder mehr gefördert werden. Es soll zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen. – Ich meine, die Bundesbildungsministerin hat vor gar nicht allzu langer Zeit geäußert, dass Bayern zu den Ländern gehört, in denen die Bildungsgerechtigkeit besonders gut ausgeprägt ist.

(Beifall bei der CSU)

Okay, es gibt nichts, was man nicht noch verbessern kann.

Der Ausbau des gebundenen Ganztags soll durch das neunjährige Gymnasium gefördert werden, es soll endlich eine fundierte Abiturvorbereitung geben. Die Verkürzung der Abiturfächer Deutsch, Englisch und Mathematik soll rückgängig gemacht werden. Angestrebt sind eine deutliche Entschleunigung, Vertiefung, Allgemeinbildung, politische Bildung, kooperative Lernformen, vernetzter Unterricht. All das soll gemacht werden. Und wissen Sie, wie viel mehr Zeit der SPD-Entwurf im Vergleich zu G 8 einplant? – Ganze fünf Unterrichtsstunden!

(Martin Güll (SPD): Pflichtunterrichtsstunden! Nachlesen, Herr Kollege!)

Wir haben also eine Erhöhung der Lernzeit um 1,9 %. Damit haben die Schüler dann am Gymnasium, zumindest in der Unter- und Mittelstufe, weniger Unterricht als an der Mittelschule. In diesen fünf Stunden soll das dann alles gemacht werden. Ich prophezie Ihnen: Sie werden nur in einigen Fächern, wenn überhaupt, eine längere Lernzeit vorweisen können, und wenn Sie das in mehreren Fächern anstreben, dann müssen sie in anderen sogar kürzen. Das wird hier natürlich verschwiegen. Vor diesem Hintergrund muss ich Ihnen ganz offen sagen: Mit dem, was Sie hier vorgelegt haben, ein neunjähriges Gymnasium mit ganzen 270 Wochenstunden, können Sie schon rein rechnerisch Ihre Ziele nicht erreichen.

Der Gesetzentwurf ist aus meiner Sicht handwerklich sehr, sehr schlecht gemacht. Deswegen können wir ihm derzeit nicht nähertreten.

(Martin Güll (SPD): Besser machen!)

– Warten wir mal den Dialogprozess ab. Sie werden demnächst mehr erfahren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn der Ministerpräsident entschieden hat, werden Sie Ihre Rede auch anders halten müssen! Das wissen Sie!)

Gehen wir einmal zum Gesetzentwurf der GRÜNEN über. Hier wird sehr wenig über die Details kundgetan. Man hat sich gesagt: Okay, wir schaffen jetzt mal einen Rahmen von neun Jahren – es gibt gewisse Punkte, die man einfließen lassen kann und

die durchaus eine Überlegung wert sind, Kollege Gehring – und regeln dann vieles im Detail in weiteren Gesetzen. Aber einen großen Punkt muss ich herausgreifen, bevor die Redezeit zu Ende ist, und zwar den Zeitpunkt, zu dem Sie das einführen wollen: zum 1. August 2017.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben das G 8 über Nacht eingeführt! Sie haben wohl politische Amnesie!)

Wenn Sie in der 5. und 8. Klasse gleichzeitig das neunjährige Gymnasium einführen wollen, dann bräuchten Sie zwei Lehrplankonzeptionen mit entsprechenden Stunden- tafeln und müssten in der Zwischenzeit die mit der Konnexität einhergehende Kosten- folge mit den kommunalen Spitzenverbänden regeln. Sie bräuchten eine Abklärung, wie Sie das mit dem mittleren Schulabschluss in der 10. Jahrgangsstufe handhaben wollen, wenn Sie bereits in der 8. Jahrgangsstufe das neunjährige Gymnasium einfüh- ren wollen. Bei der Mittelstufe Plus haben wir das bisher nicht geschafft. Mich würde stark interessieren, wie Sie das angehen wollen.

Wie das Ganze mit der Lernzeitverkürzung funktionieren soll, haben Sie auch noch nicht ausgeführt, ebenso wenig, was den Umgang mit den Pilotschulen in der Mittel- stufe Plus angeht – auch dazu habe ich nichts gelesen; es gibt ja auch keine Begrün- dung zu diesem Gesetzentwurf.

Allein diese Reihe von Punkten muss abgeklärt werden. Deswegen denke ich, dass es Sinn macht, den Dialogprozess seriös weiterzuführen und nicht vorzeitig abubrechen, ohne genau diese Themen mit den Verbänden und mit der Schulfamilie auszudiskutie- ren. Vor diesem Hintergrund können wir beiden Gesetzentwürfen nicht nähertreten und müssen sie ablehnen. Tut mir leid!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Lederer. – Der Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Lederer, vielen Dank für Ihre Kritik, die wir natürlich gern aufnehmen. Insgesamt muss ich sagen, dass ich Ihre Rede mit großer Freude verfolgt habe. Man sieht: Sie bereiten sich auf Ihre Rolle als Oppositionsabgeordneter vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CSU
– Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Realitätsverlust beim Kollegen Gehring!)

Es war eine klassische Oppositionsrede: Sie sagen, was Ihnen nicht passt. Ich weiß nicht, ob Sie jetzt die Bundesebene meinen. Herr Seehofer hat ja damit gedroht, dass die CSU im Bund in die Opposition geht. Ich weiß nicht, wem diese Drohung gelten soll; mich schreckt das jetzt nicht besonders. Aber vielleicht denken Sie auch schon an 2018, wenn Sie die Oppositionsrolle übernehmen. Von Ihnen war nicht zu hören, was Sie wollen, wo es hingehen soll, was die Position der CSU-Fraktion ist. Sie diskutieren sehr viel – ich verweise auf den Kollegen Tomaschko –: Wie ist der Zwischenstand, wohin geht es? Alle warten auf eine Antwort. Alle Verbände haben sich geäußert. Man sieht: Sie sind ein – –

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nie was von Dialog gehört?)

– Dialog heißt übrigens, dass das Kultusministerium Gespräche führt. Auch wir führen Gespräche. Wir können jahrelang Gespräche führen, aber irgendwann muss klar sein, wie der Rahmen ist, und das haben wir in unserem Gesetzentwurf deutlich gemacht. Die Außenarchitektur muss klar sein. Das ist unser Job. Wie es dann innen gestaltet wird, ist Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, nicht unsere. Aber die Außenwand muss irgendwann einmal gezogen werden, und dazu haben wir von Ihnen nichts gehört.

Ich finde es gut, wenn Sie sich als Oppositionspolitiker fühlen. Ich wünsche das jedem Abgeordneten. Es gehört zur demokratischen Bildung eines Abgeordneten, auch einmal Oppositionszeit erlebt zu haben. Mich freut es, dass Sie sich schon auf diesen Weg begeben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Oh Gott!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Lederer, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Gehring, ich weiß nicht, wie Sie jetzt auf diese Idee kommen, aber vielleicht haben Sie sich die Tagesordnung nicht richtig angeschaut: Dort sind zwei Gesetzentwürfe aufgeführt, einer von den GRÜNEN und einer von der SPD. Und genau darum geht es heute. Wenn dort ein Gesetzentwurf der CSU steht, dann reden wir über die Themen, die die CSU bewegen.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich diskutiere auch inhaltlich gern mit Ihnen. Sie haben sich ja auch weiterentwickelt. Vor gar nicht allzu langer Zeit haben Sie gesagt: In der Unter- und Mittelstufe brauchen wir nicht mehr Zeit, nein, wir brauchen ein Gymnasium, in dem nur in der Oberstufe Flexibilität möglich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Das haben die GRÜNEN damals gesagt. Jetzt sind Sie schon ein Stück weiter. Das heißt, allein diese Zeit hat schon dazu beigetragen, dass auch Sie Erkenntnisse gewonnen haben. Auf dieser Basis können wir auch in Zukunft weiterdiskutieren; das tun wir gern. – Ich bedanke mich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Kollege Prof. Dr. Piazzolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIE WÄHLER sind sehr zufrieden mit der Richtung, in die sich die Diskussion beim Gymnasium bewegt; denn sie bewegt sich genau in die Richtung, die wir seit vier Jahren eingeschlagen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben diese Richtung schon damals bei unserem Volksbegehren eingeschlagen

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

und gesagt: Es muss ein neunjähriges Gymnasium geben. Lieber Kollege Gehring, wir haben damals schon gesagt, dass wir der Auffassung sind, dass deutlich mehr als 60 % diese Form des Gymnasiums wählen werden. Damals gab es Zahlen vonseiten des Kultusministeriums, die von 20 % ausgegangen sind. Das Kultusministerium hat damals 20 % geschätzt. Herr Lederer, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die unterschiedlichen Schritte geschildert haben, die die SPD und die GRÜNEN seitdem gegangen sind. Wir freuen uns natürlich, dass auch bei Ihnen nun klar ist, wenngleich vielleicht in Details anders, dass Sie ein neunjähriges Gymnasium wollen.

Inzwischen marschieren alle Lehrerverbände mit Unterschieden im Einzelnen in diese Richtung. Die Direktoren gehen in diese Richtung, obwohl sie damals beim Volksbegehren gesagt haben: Neunjähriges Gymnasium, no way. – Inzwischen haben sich auch die Eltern angeschlossen, die damals gesagt haben, das G 8 werde von allen Eltern gewünscht. Die veränderten Positionen der letzten vier Jahre sind eine klare Bestätigung für den Kurs der FREIEN WÄHLER, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Dialogprozess, der jetzt geführt wird, hat natürlich etwas Eigenartiges. Ich bin sehr für Dialog. Man soll sich unterhalten. Aber ich habe den Eindruck, Herr Staatsminister,

dass sich diese Gruppen, je mehr Sie mit ihnen reden, umso mehr verändern und desto mehr von Ihren Positionen wegwandern.

(Heiterkeit bei der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Das heißt, der Dialogprozess führt dazu, dass alle in Richtung der FREIEN WÄHLER, der SPD und teilweise der GRÜNEN marschieren und immer mehr weg von Ihnen. Was machen Sie in diesem Dialog?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Sie scheinen die Leute in Richtung G 9 abzuschrecken. Ich habe manchmal den Eindruck, dass dahinter eine geheime Agenda steckt. Vielleicht besteht die geheime Agenda darin, alle in die Richtung zu bringen, an die Sie eigentlich denken, aber an die der Herr Waschler und viele andere in der CSU-Fraktion nicht denken.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Woher wollt ihr wissen, was wir denken?)

– Nein, wir wissen eben nicht, was Sie denken. Das ist genau das Problem. Keiner weiß, was Sie denken und was Sie wollen. Das ist das Problem, unter dem die Schulfamilie im Moment leidet, Herr Waschler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie haben es genau erfasst. Sie sind an der Regierung, und keiner weiß, was Sie denken. Das ist seit vier Jahren das Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Deshalb sage ich Ihnen deutlich: Sie müssen jetzt springen, so schwer es auch fällt. Sie müssen vom einen Ufer, G 8, in die richtige Richtung gehen und sagen: Wir sind der Meinung unseres Ministerpräsidenten. – Wir wollen ein neunjähriges Gymnasium,

weil die Zeit davonläuft. Herr Lederer hat vorhin gesagt, was alles bis 2018/2019 zu tun ist. Wenn Sie mit Lehrern oder Eltern sprechen, dann sagen diese Ihnen, das Zeitfenster schlieÙe sich und werde enger. Spätestens im Februar oder März müssen Sie entscheiden. Ich hatte so gehofft, dass Sie in Banz zusammenkommen und nicht nur den 50. Geburtstag von Söder feiern, sondern auch sagen: Wir setzen uns zusammen und finden eine Linie für das Gymnasium. Wir tun den Eltern, den Schülern und den Lehrern den Gefallen. Wir sind da und sagen, was wir wollen.

Das ist es, was die gesamte Schulfamilie von Ihnen verlangt. Beenden Sie den Dialogprozess. Er wird immer schlimmer. Die Menschen rücken immer mehr von Ihnen ab. Sagen Sie deutlich, dass in Bayern ein neunjähriges Gymnasium kommen wird. Nennen Sie die Bedingungen, und sagen Sie nicht, dass Sie nur vom G 8 aus denken. Ich glaube, das hat sich inzwischen erledigt. Also: Handeln, nicht nur reden und nicht wissen, was Sie selber denken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch sehe ich nicht. Damit ist es so beschlossen.